



ASAMBLEA PARLAMENTARIA EURO-LATINOAMERICANA  
EURO-LATIN AMERICAN PARLIAMENTARY ASSEMBLY  
ASSEMBLEIA PARLAMENTAR EURO-LATINO-AMERICANA  
ASSEMBLÉE PARLEMENTAIRE EURO-LATINO- AMÉRICAINNE  
PARLAMENTARISCHE VERSAMMLUNG EUROPA-LATEINAMERIKA

**Erklärung der Ko-Präsidenten der  
Parlamentarischen Versammlung Europa-Lateinamerika (EuroLat) zum Thema  
„Eine gerechte und inklusive wirtschaftliche Erholung in Frieden“**

Die Ko-Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung Europa-Lateinamerika (EuroLat), der Vertreter des Kongresses der Republik Kolumbien und Abgeordnete des Andenparlaments Óscar Darío Pérez und das Mitglied des Europäischen Parlaments Javi López, geben gemäß Artikel 18 der Geschäftsordnung der Versammlung und anlässlich der 14. Ordentlichen Plenartagung der Versammlung, die vom 11.–14. April 2022 in Buenos Aires (Argentinien) stattfindet, folgende Erklärung ab:

1. Sie begrüßen das virtuelle Treffen der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union (EU) sowie Lateinamerikas und der Karibik vom 2. Dezember 2021 unter dem Motto „Mit vereinten Kräften für eine nachhaltige Erholung von der COVID-19-Krise“, bei dem neue Impulse für die Wiederbelebung und Stärkung des Dialogs und der Zusammenarbeit zwischen den beiden Regionen gesetzt wurden. Sie heben die Unterstützung für die Herstellung und Verteilung von Impfstoffen in Lateinamerika und der Karibik, die Mobilisierung von Finanzmitteln zur Förderung einer langfristigen Erholung und die Bekämpfung des Klimawandels und des Verlusts an biologischer Vielfalt hervor, die als absolute Priorität für beide Regionen zu werten ist.
2. Sie betonen, dass dies ein Schritt hin zu einer vollständigen Wiederaufnahme des politischen Dialogs zwischen der EU und Lateinamerika sowie der Karibik auf höchster Ebene sein muss. In diesem Zusammenhang bekräftigen sie ihre Forderung nach einem biregionalen Gipfeltreffen zwischen der EU und der CELAC, bei dem die Ziele, die Prioritäten und eine Strategie einhergehend mit einem konkreten Aktionsplan zur Bewältigung gemeinsamer Herausforderungen festgelegt werden, wobei das Gipfeltreffen stattfinden soll, sobald die Umstände dies zulassen.
3. In Anerkennung der bedeutenden Fortschritte bei der Impfung gegen das Coronavirus und der Bemühungen, auf dem Weg der wirtschaftlichen Erholung voranzukommen, weisen sie darauf hin, dass es von grundlegender Bedeutung ist, die biregionale Zusammenarbeit zu stärken, um gemeinsam die Herausforderungen vor dem Hintergrund der Unsicherheit auf internationaler Ebene und die Auswirkungen der zur Bekämpfung der Pandemie ergriffenen Maßnahmen zu bewältigen, insbesondere in Anbetracht der haushaltspolitischen Auswirkungen und des Anstiegs der Staatsverschuldung, durch die die

Fähigkeit vieler Länder beeinträchtigt wird, auch künftig eine Strategie zu verfolgen, in deren Rahmen ein inklusiver Aufschwung gefördert wird.

4. Sie betonen, dass im Zuge der Pandemie die Probleme von Armut und extremer Armut verschärft wurden, wobei Frauen und Kinder sowie indigene Völker und Gemeinschaften am stärksten betroffen sind, während die Auswirkungen noch weitgehend fortbestehen und die nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung langfristig behindern können. Sie unterstreichen daher, dass es unerlässlich ist, dafür Sorge zu tragen, dass der wirtschaftliche und soziale Aufschwung nach der Pandemie umfassend ist und Fortschritte bei der Schaffung von Voraussetzungen für einen sozialen Wandel erzielt werden, damit sichergestellt ist, dass der grüne und digitale Wandel gerecht und inklusiv ist, und dass Wohlstand erreicht wird, der zur Verringerung von Ungleichheit und zur Beseitigung von Armut in all ihren Ausprägungen beiträgt und ein höheres Maß an Inklusion und sozialem Zusammenhalt, mehr Prosperität, Sicherheit, Zugang zu Rechten, Gleichheit vor dem Gesetz, die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Überwindung von Arbeitslosigkeit und informeller Erwerbstätigkeit sicherstellt. Sie fordern, dass besonderes Augenmerk auf den Zugang zu Bildung für Kinder gerichtet wird, da es während der Pandemie zu Unterbrechungen kam, wobei insbesondere die Kinder betroffen waren, die keine Zugangsmöglichkeit zum Internet hatten. Sie fordern außerdem die Regierungen beider Regionen auf, auf die befristete und als Ausnahme betrachtete Aufhebung der Patente auf Impfstoffe und Arzneimittel gegen COVID-19 zu drängen.
5. Sie plädieren für eine Konjunkturpolitik auf der Grundlage von Strategien zur Förderung von Produktivität, Wirtschaftswachstum, Wettbewerbsfähigkeit, internationalem Handel, Unternehmertum und unternehmerischen Funktionen, Investitionen, hochwertiger Beschäftigung und Nachhaltigkeit, wodurch die allgemeinen Sozialschutzsysteme gestützt und gestärkt werden, die Formalisierung der Volkswirtschaften vorangetrieben wird und solide und tragfähige öffentliche Finanzen konsolidiert werden, die auch wirksame Kapazitäten der Umverteilung und Steuererhebung vorsehen.
6. Sie betonen, dass die biregionale Zusammenarbeit gestärkt werden muss und dass neue Programme für biregionale Kooperation im Rahmen des EU-Instruments für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit – Europa in der Welt konzipiert werden müssen, wobei neue regionale Programme für die EU, Lateinamerika und die Karibik auf der Grundlage des bestehenden Rahmens für Zusammenarbeit und Dialog als Beitrag zum sozialen Zusammenhalt auszuarbeiten sind. Bei diesen Programmen sollte ein Schwerpunkt auf dem Abbau von Ungleichheiten und einer gerechten Bewältigung des Wandels liegen, und zwar durch eine inklusive öffentliche Politik und die Stärkung der institutionellen Kapazitäten und der Rechtsstaatlichkeit, sodass der Zugang zu hochwertiger und herzlicher Bildung (Beziehung der Lehrkraft zum Lernenden und Engagement der Lehrkraft), zu Infrastrukturen, durch die der digitale Wandel erleichtert wird, und zur universellen Gesundheitsversorgung sowie andere Ziele gewährleistet werden, die für die Verringerung von Armut und Ungleichheiten und die Stärkung des sozialen Zusammenhalts von entscheidender Bedeutung sind.

7. Sie betonen, dass das Problem der geschlechtsspezifischen Gewalt durch die Pandemie noch verschärft wurde und dass strukturpolitische Maßnahmen vorangebracht werden müssen, um eine stärkere Inklusion von Frauen und Mädchen zu erreichen und deren Rechte sowie die Gleichstellung der Geschlechter als zentrale Elemente der Maßnahmen zur wirtschaftlichen und sozialen Erholung zu verteidigen und zu fördern. Sie fordern die Regierungen beider Regionen nachdrücklich auf, Maßnahmen zur Förderung der wirtschaftlichen Sicherheit von Frauen umzusetzen, wozu auch die Förderung ihrer Teilhabe am Arbeitsmarkt, die Verringerung des geschlechtsspezifischen Lohngefälles und die Anerkennung des Wertes von Hausarbeit gehören. Sie fordern ebenfalls, für die Opfer von geschlechtsspezifischer Gewalt und Femiziden einen Zugang zur Justiz zu gewährleisten und hierfür die Anstrengungen und Ressourcen zur Vorbeugung dieses Übels zu verdoppeln. Zugleich muss die gleichberechtigte Beteiligung von Frauen in Gremien und Verfahren der politischen Entscheidungsfindung auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene gefördert werden. Um diese Ziele zu erreichen, ist es erforderlich, dass die internationalen, multilateralen und bilateralen Darlehensinstitutionen sowie die Staaten, bei denen die Länder Lateinamerikas und der Karibik Auslandsschulden haben, die Möglichkeit in Betracht ziehen, Umschuldungsmaßnahmen zu treffen oder diese Schulden zugunsten von Entwicklungsprojekten und sozialen Investitionen teilweise oder komplett zu erlassen.
8. Sie betonen, dass die Erholung dazu beitragen muss, den Übergang zu erneuerbaren Energiequellen voranzutreiben, indem neue Investitions- und Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden, die sich nach den Gegebenheiten in den einzelnen Ländern und der Verfügbarkeit von Ressourcen richten, und indem Energieversorgungssicherheit sowie die Voraussetzungen für die Überwindung von Energiearmut gewährleistet werden. In diesem Zusammenhang plädieren sie für den Abschluss eines europäisch-lateinamerikanischen Grünen Deals als Rahmen für die biregionale Zusammenarbeit unter umfassender Beteiligung verschiedener Wirtschaftszweige, um einen gerechten Übergang zu erneuerbaren Energieträgern, die Energieversorgungssicherheit und -effizienz, den Schutz der biologischen Vielfalt, die Bekämpfung der Entwaldung und weitere Maßnahmen zur Verringerung der CO<sub>2</sub>- und der Treibhausgasemissionen zu fördern und zu erleichtern, darunter die Zusammenarbeit zur Erleichterung europäischer Investitionen und Technologietransfers. Ebenso sollten umfassende Präventions- und Schutzmaßnahmen für Umweltschützer vorangebracht werden, die gegen die Auswirkungen des Klimawandels ankämpfen.
9. Sie betonen, dass auf die Stärkung der Demokratie in beiden Regionen hingearbeitet werden muss und dass Wahlbeobachtungsmechanismen sinnvoll und nützlich sind.
10. Sie verurteilen aufs Schärfste die illegale, grundlose und ungerechtfertigte militärische Aggression und Invasion der Russischen Föderation in der Ukraine unter eindeutiger Verletzung der Charta der Vereinten Nationen und den Ausbruch des größten kriegerischen Konfliktes in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg, der zu einer humanitären Notlage geführt

hat, bei der Tausende von Personen getötet und verletzt wurden und Millionen von Flüchtlingen die Grenzen zu den EU-Nachbarländern überquert haben, was im heutigen Europa beispiellos ist, sodass die Unsicherheit hinsichtlich der Entwicklung der Volkswirtschaften und der Aussichten für den Wiederaufbau nach der Pandemie dramatisch zugenommen hat. In diesem Zusammenhang fordern sie angesichts der Auswirkungen des Krieges auf die weltweite Ernährungssicherheit und die internationalen Preise für Lebensmittel und andere Rohstoffe größere Anstrengungen zur Stärkung der Lebensmittelversorgungsketten und der Ernährungssicherheit, einschließlich des Schutzes von Produktions- und Vermarktungstätigkeiten, die erforderlich sind, um der nationalen und globalen Nachfrage gerecht zu werden, und die Suche nach neuen alternativen Lebensmittellieferanten.

11. Sie fordern die Staaten, Organismen und Institutionen, die Teil der Weltordnung sind, auf, die erforderlichen Korridore und die erforderliche humanitäre Hilfe einzurichten, um die Zivilbevölkerung in der Ukraine zu schützen, und einen Beitrag zur endgültigen Beendigung des Krieges zu leisten, indem sie unter anderem die diplomatischen Kanäle nutzen, die in der Charta der Vereinten Nationen festgelegt sind.
12. Im Rahmen der vierzehnten Versammlung EuroLat in Buenos Aires rufen sie dazu auf, eine friedliche, gerechte und dauerhafte Lösung des Streits über die Hoheit über die Falklandinseln zu suchen, und zwar im Rahmen der einschlägigen Resolutionen der Vereinten Nationen (einschließlich der Resolution 2065 (XX)) und des Sonderausschusses der Generalversammlung der Vereinten Nationen für die Entkolonialisierung sowie im Einklang mit den zwischen 2013 und 2018 abgegebenen Erklärungen der Versammlung EuroLat.
13. Sie fordern, dass das Potenzial des umfangreichen Netzes von Kooperations-, Assoziierungs- und Handelsabkommen zwischen den beiden Regionen vollständig ausgeschöpft wird, um zur notwendigen Wiederbelebung und Stärkung des Dialogs und der Zusammenarbeit in Lateinamerika und der Karibik, zur Erholung nach der Pandemie, zur Schaffung von Arbeitsplätzen sowie von Geschäfts- und Investitionsmöglichkeiten und ganz allgemein zum übergeordneten Ziel einer nachhaltigen und inklusiven Entwicklung beizutragen. In diesem Zusammenhang bekräftigen sie die Hoffnung, dass das Assoziierungsabkommen zwischen dem Mercosur und der EU, das aktualisierte „Globalabkommen“ zwischen Mexiko und der EU und das aktualisierte Abkommen zwischen Chile und der EU endgültig abgeschlossen werden und in naher Zukunft in Kraft treten können.